Rems-Zeitung

DIE HEIMATZEITUNG SEIT 1786 • UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR SCHWÄBISCH GMÜND UND DEN OSTALBKREIS • ÄLTESTE NOCH ERSCHEINENDE TAGESZEITUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Nummer 266 • 46. Woche • 235. Jahrgang | Mittwoch, 17. November 2021 | remszeitung.de • € 2,10 • E 5836

Im Lokalteil

Seltene Werke der Romantik

In ihrem Konzert am Samstagabend im CCS-Saal vermittelte die Philharmonie Schwäbisch Gmünd mit ihrem Dirigenten Knud Jansen die Begegnung mit eher selten aufgeführten, nichtsdestoweniger wertvollen Werken der Romantik.
» Seite 11

Blick auf die Hundesteuer

Der Hund – der beste Freund des Menschen. Seine Haltung lässt man sich in Deutschland einiges kosten, denn Hunde sind die einzigen Haustiere, für die man Steuern zahlt – eine Übersicht für Gmünd und Umgebung. » Seite 13

Eisstockschießen im Park

Anstelle von echtem Eis sorgt ab diesem Wochenende eine spezielle Kunststofffläche für Wintersport-Spaß im Stadtteil Wetzgau-Rehnenhof. Könnte Plastik-Eis vielleicht auch eine klimafreundliche Alternative für die Eisbahn vor dem Rathaus sein? » Seite 15

Einkaufen mit 3-G-Regel

Der Gmünder Handels- und Gewerbeverein informiert seine Mitglieder darüber, was sich in der Alarmstufe nun ändert. Wer mehr als nur Artikel des Grundbedarfs kaufen will, braucht nun einen 3-G-Nachweis. Stichproben bei der Kundschaft sollen als Nachweis-Kontrolle ausreichen. » Seite 16

Osterbrunnen-Vorbereitung

Der Schechinger Osterbrunnen zieht Jahr für Jahr zahlreiche Menschen an. All die Arbeit, die in dem riesigen Kunstwerk steckt, beginnt zu einer Zeit, in der noch keiner an Ostern denkt. Ein Besuch beim Osterbrunnen-Team im Rathaus, das sich nach zwei Jahren Zwangspause nicht entmutigen lässt. » Seite 17

Aktuelle Corona-Zahlen

Baden-Württemberg
7-Tage-Hospitalisierungsinzidenz: 5,8
Covid-19-Fälle auf Intensivstation: 424
Es gilt damit aktuell die Alarmstufe des dreistufigen Warnsystems.

Ostalbkreis
7-Tage-Inzidenz: 423,8
R-Wert: 1,15
Impfquote: 63,2 % (Vollimmunisierung)
Kliniken: 46 von 52 Intensivbetten belegt
7 Covid-19-Fälle in intensivmedizinischer Behandlung, 2 werden beatmet.

Rems-Murr-Kreis
7-Tage-Inzidenz: 424,5
R-Wert: 1,31
Impfquote: 61,5 % (Vollimmunisierung)
Kliniken: 42 von 51 Intensivbetten belegt
11 Covid-19-Fälle in intensivmedizinischer Behandlung, 6 werden beatmet.

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
16247,86 Pkt.	4401,49 Pkt.	1,1368 Dollar
+ 99,22 Pkt.	**+ 15,30 Pkt.**	**– 0,76 Cent**

Wetter

Mittags 8° | Nachts 5°
Nebel und Hochnebel, gebietsweise Sprühregen

30046
4 190583 602107

Schrott im All – Lebensgefahr!

Russland testet eine Rakete und zerstört so einen eigenen Satelliten. Trümmerteile fliegen durch das All. Die USA finden das rücksichtslos und gefährlich für die Besatzung der Internationalen Raumstation um den deutschen Astronauten Matthias Maurer.

Fotos: dpa/ESA/NASA, StN-Bearbeitung: Malgorzata Kasclikowski

Höhere Energiepreise bremsen Bereitschaft zum Klimaschutz

BaWü-Check Umfrage der Tageszeitungen im Südwesten: Im Land gibt es wenig Begeisterung für die neue Bundesregierung – aber große Erwartungen. Der Rückhalt für Ministerpräsident Kretschmann bröckelt.

Von Renate Allgöwer

STUTTGART. Die hohen Verbraucherpreise können die Bereitschaft der Bürger schmälern, den Klimaschutz zu unterstützen. Das zeigt die aktuelle Untersuchung des Baden-Württemberg-Monitors der baden-württembergischen Zeitungsverlage. Wenn die Preise für Energie und Lebensmittel weiter steigen, könnte dies zu einer Belastungsprobe für die neue Bundesregierung werden, erwarten die Experten vom Institut für Demoskopie in Allensbach, die den BaWü-Check durchgeführt haben. Darin zeigt sich die große Mehrheit der Menschen im Land durch die jüngste Preissteigerungen stark oder sogar sehr stark betroffen. Das Tanken betrifft 71 Prozent der Bevölkerung besonders, gefolgt von Heiz- und Stromkosten, mit 66 und 65 Prozent.

Für die Zukunft erwarten die meisten Befragten weitere Teuerungen. 53 Prozent erklärten, die zu erwartenden Klimaschutzmaßnahmen würden für sie große finanzielle Belastungen bringen. Das wirkt sich auf die Akzeptanz möglicher Maßnahmen aus.

25
Prozent der Befragten unterstützen die Forderung, von 2030 an keine neuen Autos mit Verbrennungsmotor mehr zuzulassen. 56 Prozent sprechen sich dagegen aus.

41
Prozent der Befragten sprechen sich für eine volle Amtszeit des grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann aus, im Juli waren es noch 45 Prozent.

53 Prozent aller Befragten erklärten, sie seien nicht bereit, für den Klimaschutz höhere Energiepreise zu zahlen.

Der Umwelt- und Klimaschutz hat bei den Befragten ohnehin nicht die höchste Priorität. Auf die Frage, worum sich die neue Bundesregierung besonders kümmern sollte, nennen die Befragten den Umwelt- und Klimaschutz erst an vierter Stelle. Viel wichtiger ist ihnen, dass die Rente sicher ist. Das sagen 65 Prozent. Die Rente schlägt in der Bedeutung auch das Bedürfnis nach bezahlbarem Wohnraum.

Der Landes-SPD nutzt der Sieg bei der Bundestagswahl nicht. 42 Prozent der Baden-Württemberger gefällt die SPD im Südwesten nicht. Dennoch würden inzwischen 41 Prozent im Land lieber eine Ampelkoalition an der Regierung sehen als das grün-schwarze Bündnis. Das sind zehn Prozentpunkte mehr als im Juli. Der Rückhalt für Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) lässt leicht nach. Für eine volle Amtszeit sprechen sich 41 Prozent der Befragten aus, im Juli waren es 45 Prozent.

Leitartikel

Kommentar

Weichenstellung auf den Irrweg droht

Mit der Nahverkehrsabgabe geht die Politik ins Risiko. Vorrangig braucht es den Ausbau der Infrastruktur.

Von Christian Milankovic

Der Gedanke ist ebenso bestechend wie schlicht: Wer sich im öffentlichen Raum motorisiert bewegt, zahlt in einen Topf ein. Aus dieser Nahverkehrsabgabe wiederum sollen Busse und Bahnen gefördert werden, um Menschen zum Umstieg zu bewegen.

Doch das Konzept hat gleich mehrere Schwachstellen. Da ist die soziale Komponente: Wer sich ein dickes Auto und die hohen Parkgebühren heute in der Stadt leisten kann, den schreckt auch ein weiterer Obolus nicht ab. Am Ende sind es die, die jeden Euro umdrehen müssen, denen die Abgabe die individuelle Mobilität erschwert.

Zudem droht der zweite vor dem ersten Schritt gemacht zu werden: Vor der Pandemie bewegten sich die Nutzerzahlen im Nahverkehr von Rekord zu Rekord. Das heißt: Busse und Bahnen haben kein Problem mit der Nachfrage, die man über durch die Nahverkehrsabgabe subventionierte günstigere Tickets ankurbeln müsste. Die Achillesferse des ÖPNV ist die Kapazität. Wer noch mehr Menschen ins vorhandene System lockt, ohne das zuvor massiv ausgebaut zu haben, nimmt leichtfertig dessen Kollaps in Kauf.

Die Politik macht es sich zu einfach. Das eingetriebene Geld in billigere Tickets zu investieren, um sich der Förderung des Nahverkehrs zu rühmen, ist bequemer, als neue Schienenstrecken gegen Widerstand durchzusetzen und deren Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Wirksamer ist Letzteres aber allemal.

Erstmals Abgabe für Bus und Bahn im VVS möglich

Die Landkreise, Stuttgart und der Verkehrsverbund könnten in einem Pilotprojekt den Zwangsobolus testen.

STUTTGART. In den nächsten Jahren könnte eine neue Abgabe zur Förderung des Nahverkehrs eingeführt werden. Die Landkreise, die der Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) bedient, und die Landeshauptstadt haben sich für ein entsprechendes Pilotprojekt beim Land beworben. Die Koalition aus Grünen und CDU will in einem noch zu formulierenden Gesetz Städten und Kreisen ermöglichen, eine Abgabe für Bus und Bahn zu erheben. Was eingenommen wird, müsste zur Verbesserung des Nahverkehrs eingesetzt werden.

Offen ist allerdings noch, wer bezahlen soll. Ein Gutachten hat verschiedene Modelle, in denen alle erwachsenen Einwohner, alle Autohalter oder alle -nutzer bezahlen, durchgerechnet. *ks*

Kommentar

15 Millionen Euro für digitale Einzelhändler

Der Handel muss außer mit Corona auch mit der digitalen Konkurrenz klarkommen. Nicht alle Staatshilfen erfüllen die Erwartungen.

Von Klaus Köster

STUTTGART. 15 Millionen Euro haben Bund und Land in den vergangenen Jahren ausgegeben, um den Handel im Südwesten bei seinen Anstrengungen zur Digitalisierung zu fördern. Dies geht aus einer Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine FDP-Anfrage hervor, die unserer Zeitung vorliegt. Hierzu gehört etwa die Einrichtung von Online-Shops. Zwei Millionen Euro davon entfallen auf Förderprogramme des Bundes.

Die Bilanz ist teilweise ernüchternd. So seien lokale Online-Marktplätze, auf denen sich örtliche Geschäfte versammeln, mit einem hohen Aufwand verbunden. In vielen Fällen hätten sie sich aber nur so lange gehalten, wie es öffentliche Fördermittel gab. Es seien zwar immer mehr Händler online präsent, zunehmend aber über die großen Marktplätze wie Amazon. Der Anteil der Händler, die einen eigenen Online-Shop unterhalten, sinke dagegen.

Weitere Mittel fließen in ein Sofortprogramm, das digitale Projekte wie Bestell-Apps und regionale Lieferdienste für Online-Bestellungen fördern soll. Dass dieses Programm mit lediglich fünf Millionen Euro ausgestattet sei, zeige, dass die Landesregierung den Ernst der Lage nicht erkannt habe, erklärte Erik Schweickert, der einzelhandelspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Landtag, unserer Zeitung. Man werde in den anstehenden Haushaltsberatungen mindestens eine Verdreifachung beantragen. Der Handel befinde sich in einer historischen Krise, für deren Überwindung gezielte Hilfen notwendig seien.

Nach Angaben der Landesregierung fließt dem Handel nicht nur eine direkte Förderung zu; ihm kämen auch Programme für die städtebauliche Erneuerung zugute.

Im Südwesten tritt Alarmstufe in Kraft

STUTTGART. In Baden-Württemberg tritt von Mittwoch an wegen der steigenden Belegung der Intensivstationen die sogenannte Alarmstufe in Kraft. Landesweit gilt die 2-G-Regel etwa in Restaurants, Museen, Kinos, Schwimmbädern, Fitnessstudios sowie bei den meisten öffentlichen Veranstaltungen. Auch die Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte werden verschärft. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sprach von einer „sehr ernsten Lage".

Bei der Ministerpräsidentenkonferenz an diesem Donnerstag will er sich dafür einsetzen, dass die Länder auch nach Ende der epidemischen Notlage am 25. November Ausgangssperren und Reisebeschränkungen für Ungeimpfte anordnen können. *dpa*